

MOTION von Andreas Wolf (Grüne, Dietikon) und Robert Brunner (Grüne, Steinmaur)
betreffend Revision Jagdgesetz

Der Regierungsrat wird aufgefordert, im Gesetz über Jagd und Vogelschutz den Artikel 7 so abzuändern, dass den Gemeinden bei der Verpachtung der Jagd als zusätzliche Kriterien einerseits die Erfüllung der Jagdquoten und andererseits die Nachwuchsförderung zur Verfügung stehen und Zielformulierungen in den Verträgen festgehalten werden können.

Andreas Wolf
Robert Brunner

Begründung:

Die letzte Vergabe der Jagdpacht war von allerlei Misstönen begleitet. Eine Gruppe Förster forderte die Gemeinden auf, bei der Vergabe der Jagdpacht Bedingungen einzufordern, namentlich die Erfüllung der Jagdquoten. Darauf verschickte die Fischerei- und Jagdverwaltung (FJV) den Gemeinden eine Mitteilung, dass ausschliesslich die Kriterien des Jagdgesetzes berücksichtigt werden dürfen und anderslautende Verträge von der FJV nicht genehmigt würden. Den Gemeinden muss hier mehr Autonomie zugestanden werden. Als weiteres Kriterium soll die Nachwuchsförderung berücksichtigt werden, die vielen Jägern ein wichtiges Anliegen ist. Jagdgesellschaften mit aktiver Nachwuchsförderung sollen deshalb bei der Vergabe der Jagdpacht bevorzugt werden.